

MEINUNG

ZU CORONAREGELN

Klare Verhältnisse

Von Ippokratis Ioannidis

Die täglichen Infektionszahlen zeigen es eindeutig: Die Pandemie grassiert derzeit vor allem unter den Ungeimpften. Auf den Intensivstationen sind vor allem sie es, um deren Leben Ärzte und Pflegekräfte kämpfen. Und es steht zu befürchten, dass ihre Zahl angesichts von Reiserückkehrern, Schulstart und immer weniger Homeoffice innerhalb von nur wenigen Wochen deutlich steigen wird. Die einfachste und schnellste Methode, um dies zu verhindern, ist die Impfung gegen Corona. Doch bisher haben alle Appelle an die Bevölkerung ganz offensichtlich nicht gefruchtet. Eine Impfquote von etwas über 61 Prozent reicht bei Weitem nicht aus, um das Virus auszubremsen.

Wenn nun aber die Bundesregierung nicht den Mut aufbringen kann, eine Impfpflicht einzuführen, bleibt nur, den Druck auf diejenigen zu erhöhen, die das nachweislich schützende Vakzin ausschlagen. Manche tun dies aus gesundheitlichen Gründen. Ihnen dürfen deswegen keine Nachteile entstehen. Für den deutlich größeren Teil der Ungeimpften gilt dies allerdings nicht. Es ist deshalb richtig, dass die baden-württembergische Landesregierung nun klare Grenzen zieht, ab denen die 2G-Regel gilt und Ungeimpfte weitere Einschränkungen hinnehmen müssen. Und der Südwesten wird nicht das einzige Bundesland bleiben, das für klare Verhältnisse sorgt. Nach anderthalb Jahren Pandemie – zur Erinnerung, wir befinden uns bereits in der vierten Welle – muss auch endlich Schluss sein mit dem Herumlavieren. Massenhafte und teure PCR-Tests sind illusorisch. Und der ungenauere Schnelltest darf nicht länger einer Impfung gleichgestellt werden. Das ist unsolidarisch

denen gegenüber, die sich solidarisch mit der Gesellschaft gezeigt und sich für die kostenlose Impfung entschieden haben. Eine Immunisierung der Bevölkerung wird zwar erreicht werden – durch Impfung oder Infektion. Die Frage im letzteren Fall ist aber, ob wir wirklich wollen, dass bis dahin noch viele Menschen unnötigerweise ihr Leben verlieren.



IPPOKRATIS IOANNIDIS
ippokratis.ioannidis@lkz.de

ZUM KLIMASCHUTZ

Ohne Ehrgeiz

Von Birgit Marschall

Eine wissenschaftliche Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung kommt zu dem erwartbaren, aber dennoch beunruhigenden Ergebnis, dass keine der Bundestagsparteien in ihrem Wahlprogramm den Anforderungen der ehrgeizigen Klimaziele genügt, die Bundesregierung und EU sich gesetzt haben. Nicht einmal die Grünen erreichen die volle Punktzahl. Allerdings taugen ihre Vorschläge noch am ehesten.

Enttäuschend ist vor allem das Abschneiden von Union und SPD. Beide größeren Parteien erreichen nicht einmal die Hälfte der vollen Punktzahl. Dabei dürfte eine von ihnen die nächste Bundesregierung anführen und den nächsten Kanzler stellen.

Deutschland wird seine CO₂-Emissionen nach dem neuen Klimaschutzgesetz bis 2030 um 65 Prozent gegenüber 1990 reduzieren müssen. Das DIW, immerhin ein der Marktwirtschaft zugeneigtes Wirtschaftsforschungsinstitut, kommt klar und deutlich zu dem Schluss, dass es zur Erreichung des Klimaziels 2030 eines Mixes aus marktwirtschaftlichen und ordnungsrechtlichen Instrumenten bedarf, wie ihn etwa die Grünen vertreten. Hinter dem Begriff „ordnungsrechtlich“ verbergen sich auch Verbote, etwa das Verbot der Neuzulassung von Autos mit fossilen Verbrennermotoren ab 2030.

Die SPD muss sich vor allem zum Vorwurf machen lassen, gegen einen steileren Anstieg des CO₂-Preises zu sein, der nach Meinung aller gängigen Klima-Experten unbedingt nötig wäre. Die Union wäre immerhin bereit dazu, doch keine der größeren Parteien skizziert den notwendigen Preispfad bis 2030. Die Grünen sprechen von 60 Euro pro Tonne CO₂ ab 2023 – doch auch damit liegen sie noch deutlich unter dem, was eigentlich nötig wäre, nämlich 100 Euro.



BIRGIT MARSCHALL
KORRESPONDENTIN
IN BERLIN
politikredaktion@lkz.de

ZU GUTER LETZT

Nachdem Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) wegen einer Äußerung auf Twitter in einem Beitrag als Pimmel bezeichnet wurde, hat die Polizei die Wohnung eines Verdächtigen durchsucht und wird nun für die Razzia im Netz kritisiert. Diese sei unverhältnismäßig. Die Staatsanwaltschaft bestätigte die Aktion in St. Pauli. Deren Ziel sei gewesen, „herauszufinden, wer konkret Zugriff auf einen bestimmten Twitter-Account hat, von dem aus die Beleidigungen veröffentlicht wurden“. (dpa)

KANDIDATENINTERVIEW

Die Wirtschaft wird nachhaltiger

Im Wahlkreis Ludwigsburg gehen Steffen Bilger für die CDU und Sandra Detzer für Bündnis 90/Die Grünen ins Rennen. Beide Parteien haben im Bundestagswahlkampf Schwerpunkte für die Themen Wirtschaft und Klimaschutz gelegt.

FRAGEN VON HUBERT DREHER

Die Wirtschaft befindet sich global in einem schnellen Transformationsprozess. Elektromobilität, Digitalisierung, sichere Arbeitsplätze und die Folgen des Klimawandels sind beherrschende Themen. Frau Detzer, Sie wollen „verändern – mit Zuversicht“. Herr Bilger, Sie wollen die „starke Stimme für unsere Heimat“ sein. Wie stellen Sie sich denn die Zukunft der Wirtschaft in unserer Region vor?

SANDRA DETZER: Die Wirtschaft der Zukunft ist klimaneutral und sie ist digitalisiert. Wir haben in Ludwigsburg und als Hightech-Standort Baden-Württemberg die Chance, global Vorreiter zu sein bei Klima-Technologien, bei klimaneutralen Produkten. Deutschland allein klimaneutral zu machen, rettet das Klima nicht. Aber wir können mit unserem BW-Weg so erfolgreich sein, dass wir global viele Nachahmerinnen und Nachahmer finden. Unser Ziel: nachhaltiger Wohlstand, ohne unseren Planeten zu zerstören.

STEFFEN BILGER: Wir leben in einer der wirtschaftsstärksten Regionen Deutschlands. Es stehen viele Umbrüche an, die es zu gestalten gilt. Wir sind stark im Maschinenbau und in der Automobilindustrie. Uns beschäftigen Veränderungen bei Firmen, die für Ludwigsburg stehen –, dass Produktion abgebaut wird und zugleich aber auch viele neue Stellen in der Entwicklung geschaffen werden. Auch in der politischen Debatte muss man an die Menschen denken, die Sorge um ihren Arbeitsplatz haben. Das ist die soziale Dimension einer ambitionierten Klimaschutzpolitik. Wir sind eine innovative Region und haben gute Voraussetzungen, Wertschöpfung und Arbeitsplätze zu erhalten. Aber: nie ausruhen auf den Erfolgen der Vergangenheit, immer daran arbeiten, an der Spitze zu bleiben.

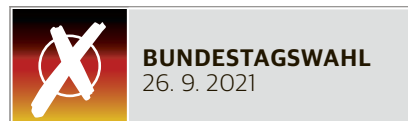
Ergänzen sich Wirtschaft und Klimaschutz?

BILGER: In den Wahlkreis sind in den vergangenen vier Jahren 200 Millionen Euro Fördermittel des Bundes geflossen – von Breitbandausbau bis Schlossfestspiele. Viele Fördermaßnahmen helfen aber auch Unterneh-



Kandidaten im Wahlkreis Ludwigsburg: Steffen Bilger (CDU) und Sandra Detzer (Grüne).

Fotos: Andreas Becker



men, damit sie sich auf neue Herausforderungen einstellen können. Ich denke, das ist der richtige Weg: Fördern, anreizen, natürlich auch durch Regulierung. Wir haben die Chance innovative Produkte, die dem Klimaschutz dienen, in die ganze Welt zu exportieren.

DETZER: Klimaschutz und Wirtschaftsstärke sollen in Zukunft zusammengehören. Ich will Daimler-Chef Ola Källenius zitieren, der nicht im Verdacht steht, ein Grüner zu sein: „Ich wünsche mir von der Politik mehr ökologische Ambitionen.“ Warum sagt er das? Weil er mit seinem erfolgreichen Unternehmen weiß, dass er mit der Kombination aus Klimaschutz und Innovationskraft wettbewerbsfähig ist. Es ist die Aufgabe der neuen Bundesregierung, die Leitplanken verlässlich zu setzen. Firmen sollen sich darauf einstellen können, was kommt. Dann können die Tüftlerinnen und Tüftler, die wir hier im Land zuhauf haben, ihren Job machen. Das ist das grüne Ziel: Klimaschutz als Geschäftsmodell.

Gut die Hälfte der Deutschen lehnt nach einer Allensbach-Umfrage zusätzliche Kosten für den Klimaschutz ab. Wie wollen Sie die Bürger motivieren?

BILGER: Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, der bei manchen in der politischen Debatte zu kurz kommt. Wir müssen ambitionierten Klimaschutz umsetzen, aber dabei auch an die sozialen Auswirkungen denken. Zum einen geht es um Arbeitsplätze, und da bestehen durchaus Chancen für Neues. Die andere Herausforderung

ist die Frage der finanziellen Auswirkungen auf den Einzelnen. Hier darf die Belastung nicht zu groß werden. Man muss auch an den Mieter in einer Mietwohnung denken, die vielleicht nicht so gut saniert ist, der ein älteres Fahrzeug fährt und sich kein neues leisten kann. Wir haben in Ludwigsburg ja viele Erfahrungen mit den Fahrverbotsdiskussionen. Fahrverbote konnten wir mit innovativen Lösungen verhindern. Das ist ein Beispiel dafür, dass das Erreichen ambitionierter Ziele ohne zu viel Einschränkungen für den Einzelnen funktioniert.

DETZER: Die Herausforderung ist, die Arbeitsplätze der Zukunft zu sichern. Da ist Stillstand und das Ausruhen auf dem Status quo hochgefährlich. Wir kennen das Beispiel Nokia. Die haben wunderbare Handys gebaut und sind von den Markttrends hinweggefegt worden. Dann das Beispiel Audi – Audi steigt 2026 in den letzten Verbrenner ein. Da muss ich mich wundern, dass das in der Bundesregierung bisher nicht eine größere Rolle gespielt hat. Da steht die Industriestärke auf dem Spiel. Viele in der CDU entdecken die soziale Gerechtigkeit immer dann, wenn man wirksamen Klimaschutz verlangsamen möchte. Wir befinden uns längst im globalen Wettbewerb, in dem es darum geht, die Autos der Zukunft hier in Baden-Württemberg zu bauen. Ich habe mich sehr gewundert über die Begeisterung der CDU, Tesla anzusiedeln in der Region. Unterstützen wir doch Daimler, damit ein heimisches Unternehmen und unsere Zulieferer die Autos bauen. Wir Grüne sind die Einzigen, die einen konkreten Vorschlag gemacht haben, wie die Transformation in eine klimaneutrale Zukunft sozial ausgestaltet werden kann. Wir wollen

die Einnahmen durch einen höheren CO₂-Preis über das Energiegeld an die Menschen zurückgeben.

BILGER: Ich habe mich eher gewundert, dass die Grünen Tesla nicht in Baden-Württemberg haben wollten. Das wäre doch eine gute Sache für den Standort, wenn diese innovative Fabrik nicht in Brandenburg, sondern bei uns gebaut werden würde. Ich fürchte, durch eine solche Einstellung laufen wir Gefahr, dass wir den Anschluss verlieren, gerade jetzt, wo so viel im Umbruch ist. Konkret stellt sich doch die Frage, wenn wir den Wandel bewältigen wollen: Sind wir bereit, alles dafür zu tun, dass Zukunftsinvestitionen auch bei uns im Landkreis stattfinden?

DETZER: Ich bin stolz, dass meine Landesregierung mit Porsche zusammen die Batterieförderung in Weisach unterstützt. Das ist ein klares Signal, dass wir im Land auf Zukunftstechnologien setzen und als Grüne mit der Industrie gut zusammenarbeiten. Das ist der Weg, wo Firmen auf die nächste progressive Bundesregierung hoffen. Ich will nochmals Källenius zitieren: „Das allerwichtigste für uns ist jetzt das E-Auto.“

Wie sehen Sie die individuelle Mobilität in der Zukunft?

DETZER: Mobilität wird in Zukunft sauber sein. Und die Verkehrsträger werden besser vernetzt sein. Da muss der öffentliche Nahverkehr künftig eine andere Rolle spielen.

BILGER: Die Mobilität wird effizienter, sicherer und klimaneutral sein. Es wird einen Mix geben, bei dem die individuelle Mobilität dazugehört, sei es mit dem Auto oder Fahrrad. Vieles ist heute in Ludwigsburg schon Realität: vom Carsharing über Elektro-Roller bis zu einem attraktiven Bus- und Bahnangebot.

Was verbinden Sie mit diesem Foto?



Foto: Holm Wolschendorf

Steffen Bilger: Erster Gedanke: B27 unter die Erde. Damit würde Ludwigsburg viel gewinnen. Es wäre möglich, vom Marktplatz zum Residenzschloss zu flanieren und die Belastung, die mit der B27 zusammenhängt, in Abschnitten zu reduzieren. Dann das Thema Luftreinhaltung, und dass wir Fahrverbote durch viele Maßnahmen verhindern könnten.

Sandra Detzer: Verkehr soll fließen und nicht stehen. Dieses Bild zeigt den Bedarf für eine neue Verkehrspolitik. 85 Prozent der Bürger haben sich neulich gegen Andi Scheuer und für ein neues Führungsteam im Bundesverkehrsministerium ausgesprochen. Dieses Foto zeigt, dass sie recht haben.

ZUR PERSON

Steffen Bilger (CDU)

Geburtsort: Schongau

Alter: 42

Beruf: Jurist

Familienstand: verheiratet

Ausbildung: Jura-Studium

Parteikarriere: CDU-Abgeordneter des Wahlkreises 265

ZUR PERSON

Sandra Detzer (Grüne)

Geburtsort: München

Alter: 41

Beruf: Politikwissenschaftlerin

Familienstand: verheiratet

Ausbildung: Studium

Parteikarriere: Landesvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen